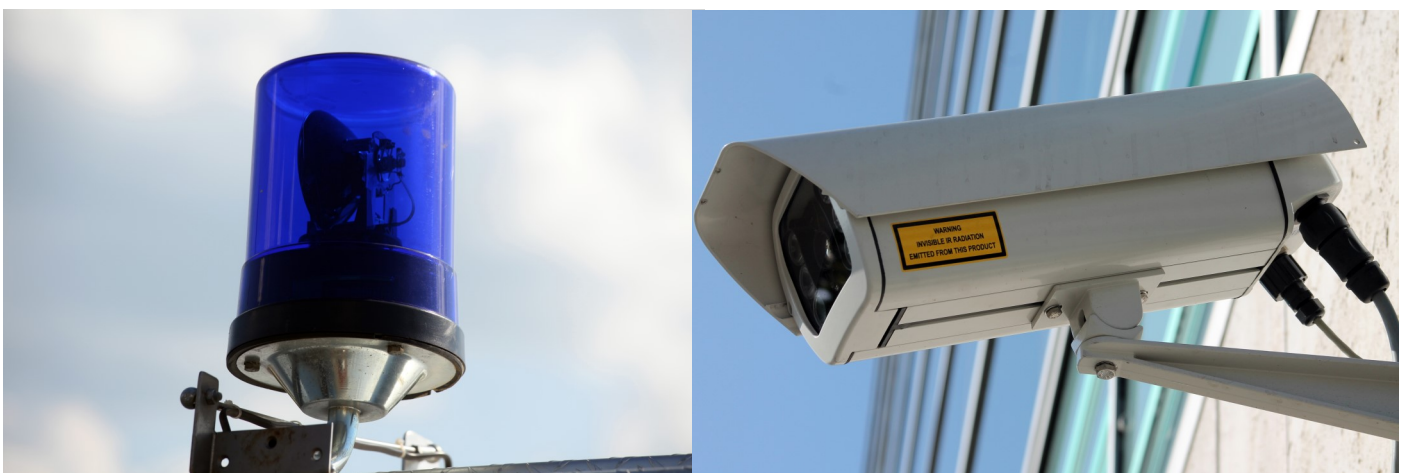


LEITANTRAG 2016



**Bezirksdelegiertentag
am 05. / 06. November 2016
in Aschendorf-Hümmling**

Bildquellen: © Sir Gawain, Calado / Fotolia, CDU/Lena Weber, CDU Deutschlands



1 **1. Vorwort**

2 Die Niedersachsen sind seit Jahrhunderten „sturmfest und erdverwachsen“. Immer wieder
3 gab es neue Herausforderungen, denen man sich gestellt hat. Man hat sich neuen
4 Problemen und einem veränderten Umfeld angenommen, um dann bedarfsgerechte
5 Lösungen zu entwickeln. Treu geblieben ist man sich aber immer. Man hat auf Bewährtes
6 vertraut und pragmatische Änderungen vorgenommen. Genau solche Veränderungen im
7 Bereich der Inneren Sicherheit stehen für Deutschland und Niedersachsen in den nächsten
8 Jahren an.

9 Die Innere Sicherheit in der Welt erlebt einen Strukturwandel. Die Sicherheitsarchitektur
10 reicht in vielen Staaten, so auch in Deutschland, nicht mehr aus, um seine Bürger
11 ausreichend zu schützen. Immer größere und zahlreichere Einsätze der Sicherheitsbehörden
12 machen deutlich, dass die Mentalität und auch der Durchsetzungswille der Kriminellen,
13 Extremisten und Terroristen sich in den letzten Jahren stetig verändert haben.

14 Unsere wehrhafte Demokratie und der deutsche Rechtsstaat müssen in der Lage sein,
15 zukünftige Gefahren für die Bevölkerung noch entschiedener abzuwehren. Deshalb muss die
16 deutsche, aber auch die europäische Sicherheitsarchitektur der aktuellen Gefahrensituation
17 angepasst werden. Die Junge Union Osnabrück Emsland setzt deshalb auf nachfolgend
18 aufgeführte Schwerpunkte im Bereich der Inneren Sicherheit.

19 **2. Prävention**

20 Ein Leitsatz der Sicherheit ist, dass ein Großteil von Verbrechen durch vorbeugende
21 Maßnahmen gar nicht erst entstehen sollte. Deshalb ist es in der gesamten Diskussion um
22 die Verbesserung der Inneren Sicherheit wichtig, neue präventive Maßnahmen nicht aus den
23 Augen zu verlieren. Die Junge Union Osnabrück-Emsland will sich für die Stärkung der
24 Prävention einsetzen. Wir halten ein Konzept, bestehend aus drei Säulen für sehr effektiv:

- 25 - 1. Aufklärung über religiösen Fanatismus
26 - 2. Politische Bildung
27 - 3. Flächendeckende Beratungsstellen (u.a. Notfalltelefone)

28 Aus diesen drei Säulen abgeleitet, ergeben sich eine Reihe an konkreten Forderungen um
29 Prävention in der Gesellschaft nachhaltig zu verankern. Nicht nur staatliche Stellen sind
30 aufgefordert vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Prävention muss niedrigschwellig
31 beginnen und muss sich verstärkt bei den Bürgerinnen und Bürgern durch positives Handeln
32 verankern.

33 Wir fordern in diesem Zusammenhang:

- 34 - Den Ausbau der Forschung über religiösen Fanatismus und religiös motivierten
35 Terrorismus; hierbei sollten auch präventive Maßnahmen eine Forschungsaufgabe
36 sein
37 - Werbung, insbesondere die Sympathiewerbung für terroristische und kriminelle
38 Vereinigungen muss wieder unter Strafe gestellt werden. Dazu gehört auch die

- 39 Finanzierung von Vereinen/Verbänden/Kirchen/Bildungseinrichtungen durch
40 extremistische Organisationen zu verbieten
- 41 - Ausländische Hassprediger müssen an der Einreise gehindert werden
 - 42 - Terroristen dürfen nach einer bestätigten Teilnahme an Kampfhandlungen oder
 - 43 Anschlägen im Ausland nicht nach Deutschland einreisen; eine personalisierte
 - 44 Überwachung ist durch Kommunikationsüberwachung, und einen stärkeren
 - 45 Austausch mit befreundeten Nachrichtendiensten einzurichten
 - 46 - Einrichtungen der Jugendhilfe und die Schulen müssen im Umgang mit
 - 47 radikalisierungswilligen Jugendlichen besser geschult werden
 - 48 - Es bedarf einen Ausbau der Krisenintervention von Sozialarbeitern und Psychologen
 - 49 - Ausbau der Beobachtung der Islamistenszene in Gefängnissen

50

51 **3. Vertrauen in Sicherheitsbehörden**

52 Die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen misstraut unseren Sicherheitsbehörden. Sie
53 schwächt durch mehr Bürokratie, Verbote und Auflagen unsere Sicherheitsorganisationen.
54 Anstatt den Polizisten, Verfassungsschutzmitarbeitern und weiterem Sicherheitspersonal
55 Unterstützung anzubieten, verpasst die Landesregierung aus ideologischen Gründen eine
56 Anpassung der Sicherheitsarchitektur an die aktuelle Gefährdungslage. Diese Gängelung der
57 Politik führt mitunter auch dazu, dass die Bevölkerung ihr subjektives Sicherheitsbedürfnis
58 nicht mehr stillen kann. Wenn der Innenminister sich nicht schützend vor „seine“ Polizei
59 stellt und diese sogar kritisiert, dann ist es nicht verwunderlich, dass das Vertrauen in die
60 Sicherheitsbehörden mit der Zeit auch in der zivilen Bevölkerung schwindet.

61 Die CDU ist die Partei der Inneren Sicherheit. Die Junge Union Osnabrück Emsland ist der
62 Meinung, dass die niedersächsische Politik eine schnelle und deutliche Veränderung der
63 Innenpolitik braucht, hin zu mehr Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden. Daher fordern
64 wir:

- 65 - Polizei und Verfassungsschutz von Bürokratie entlasten; zusätzliche
66 Verwaltungsmitarbeiter einstellen, um diese mit den administrativen Aufgaben zu
67 betrauen
- 68 - Ablehnung der Kennzeichnungspflicht für niedersächsische Polizeibeamte bei
69 geschlossenen Einsätzen
- 70 - Videoüberwachung erweitern; Sicherheitsbehörden im Umgang mit sensiblem
71 Material vertrauen
- 72 - Die Anordnung - Pfefferspray vor und nach dem Einsatz zu wiegen - zurücknehmen

73 Jeder niedersächsische Bürger muss sich vor Augen halten, dass die Sicherheitsorgane
74 unseres Landes ein friedliches Miteinander ermöglichen. Sie sind der Rechtsstaatlichkeit
75 verpflichtet und verteidigen, unter Beanspruchung ihrer körperlichen und seelischen
76 Gesundheit, die Freiheitsrechte eines jeden Niedersachsen.

77 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Polizei und den Verfassungsschutz soweit zu
78 unterstützen, dass ein Höchstmaß an Sicherheit und Ordnung garantiert werden kann.

79

80 **4. Kriminalität entschieden bekämpfen**

81 „No-Go-Areas“ wie in Duisburg-Marxloh oder Dortmund-Nord darf es nicht geben. Es gilt alle
82 rechtsstaatlichen Möglichkeiten anzuwenden. Ein konsequentes Vorgehen kann aber nur mit
83 einer entsprechenden materiellen, finanziellen und personellen Ausstattung erfolgen. Daher
84 setzen wir uns für ein erweitertes Personalentwicklungs- und Materialausstattungskonzept
85 ein. Es muss fortlaufend evaluiert werden, welche Ressourcen in den nächsten Jahren
86 benötigt werden.

87 Gleichzeitig gilt es, den Beruf des Polizeibeamten attraktiv zu halten. Angemessene
88 Bezahlung, Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten und die Vereinbarkeit von Familie und
89 Beruf sollten eine hohe Priorität in der Ausgestaltung des Berufes haben. Um die immer
90 weitergehenden Belastungen der Polizeibeamten zu minimieren, muss eine personelle
91 Aufstockung des Sicherheitsapparates erfolgen. Auf Großveranstaltungen und an
92 hochfrequentierten Räumen muss eine bessere Polizeipräsenz gegeben sein. Zudem muss die
93 Polizei auch in der niedersächsischen Fläche präsent zu sein. Daher fordern wir die
94 Einstellung von zunächst 1000 zusätzlichen Polizeibeamten. Hierzu gehört auch, dass
95 etwaige Spezialisierungen, die weit über die Kenntnisse normaler Sicherheitsbeamten
96 hinausgehen, außerhalb des TVÖD zu vergüten.

97 Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen,
98 um so die Sicherheit im Land zu erhöhen und zukunftsfest zu gestalten:

- 99 - Die technische Infrastruktur muss kurzfristig erheblich verbessert werden
- 100 - Wohnungseinbruch soll grundsätzlich als schweres Delikt eingestuft werden
- 101 - Zur laufenden Einsatzdokumentation der Polizei sollen Bodycams eingesetzt werden;
102 unberechtigte Vorwürfe können so schneller ausgeräumt werden, Beleidigungen und
103 körperliche Angriffe sind besser zu beweisen
- 104 - Schaffung eines Kompetenzzentrums für Netz- und Cyberkriminalität, Kooperation
105 mit nationalem Cyber-Abwehrzentrum

107 **5. Terroristische Aktivitäten abwehren**

108 Radikalisierende Terroristen drohen immer wieder Westeuropa anzugreifen. Die
109 Terroranschläge von Paris und Brüssel haben gezeigt, dass Terrorismus einer ganzen Nation
110 viel Leid zufügen kann. Das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum muss wieder gestärkt
111 werden. Eine Kernaufgabe des Staates ist es, die Sicherheit seiner Bürger sicherzustellen,
112 Terror zu unterbinden und Gewaltbereitschaft im Keim zu ersticken. Auch vor diesem
113 Hintergrund muss sich die anfangs beschriebene Sicherheitsarchitektur verändern. Während
114 die CDU in Niedersachsen sich für effiziente und nachhaltige Sicherheitspolitik stark macht,
115 möchte die rot-grüne Landesregierung hingegen die Befugnisse der Sicherheitsbehörden
116 beschränken.

117 Die Junge Union Osnabrück-Emsland unterstützt daher die Politik ihrer Mutterpartei und
118 fordert:

- 119 - Videoüberwachung im öffentlichen Raum muss ausgebaut werden, Speicherfristen
120 sind auszuweiten

- 121 - Die Pläne der rot-grünen Landesregierung, verdachtsunabhängige Kontrollen nur
122 durch einen hohen bürokratischen Aufwand zu legitimieren lehnen wir ab; Es zeigt
123 sich insbesondere in der Region Weser-Ems, dass die sogenannte Schleierfahndung
124 an der deutsch-niederländischen Grenze zu erheblichen Ermittlungserfolgen führt
125 - Beibehaltung des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung im niedersächsischen
126 Polizeirecht
127 - IT-Experten müssen gezielt für die Sicherheitsbehörden geworben werden. Dies
128 bedarf auch einer attraktiven Bezahlung
129 - Bürokratische Dokumentationspflichten im Rahmen einer Novellierung des
130 Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes (NVerfSchG) sind abzulehnen
131 - Zusammenarbeit der Verfassungsschutzorgane auf Länderebene, mit dem
132 Bundesnachrichtendienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz verbessern
133 - Sicherheitsorgane müssen unbeschränkten Zugriff auf das Schengener
134 Informationssystem, dem Visa-Informationssystem und den Fingerabdruck-, DANN-,
135 und KFZ-daten haben; ein entsprechendes Portal ist bei Europol anzusiedeln; die
136 Durchlässigkeit von nationalen und europäischen Daten muss gegeben sein
137 - Biometrische Daten sind von allen Einreisenden zu erheben, „Foreign-Fighters“ und
138 IS-Rückkehrer mit Staatsangehörigkeit europäischer Mitgliedsstaaten sind so leichter
139 zu erfassen; um dies zu ermöglichen fordern wir eine Änderung des Schengener
140 Grenzkodex

141 Eine immer wieder aufkommende Diskussion ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren.
142 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundeswehr bei einem terroristischen
143 Katastrophenfall auch im Inland unter Führung der Polizei einsetzen zu können.

144 Paris und Brüssel haben gezeigt, dass Terrorangriffe eine große zeitliche und
145 geografische Ausdehnung annehmen können. Wenn die Polizei bei einer solchen
146 Großlage an ihre personellen und materiellen Grenzen stößt, ist es die logische
147 Konsequenz, die Bundeswehr zum Schutz der Bevölkerung heranzuziehen.

148 Ein gemeinsames Handeln von Polizei und Bundeswehr kann eine akute
149 Bedrohungssituation zeitnah aufheben. Es geht hier darum, dass die Polizei die
150 Unterstützung der Bundeswehr, bzw. bestimmte Stellen der Bundeswehr anfordern
151 kann, um eine wirkungsvolle Gefahrenabwehr leisten zu können. Die Bundeswehr hat in
152 ihren Auslandseinsätzen Fähigkeiten erlernt, die in einem terroristischen Angriff von
153 Vorteil sein kann. Neben der Behandlung von Brand- und Schusswunden, ist die
154 Bundeswehr auch in der Lage Einsatztaktiken und schweres Material mit in den Einsatz
155 einzubringen.

156 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert daher:

- 157 - Rechtliche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Polizei, Sicherheitsbehörden und
158 Bundeswehr schaffen; gemeinsame Sicherheitsvorsorge für die Bürger bei einer
159 Terrorgrößlage sicherstellen
160 - Einsatz der Bundeswehr im Innern erfolgt ausschließlich unter Federführung der
161 Polizei

- 162 - Kenntnisse und Fähigkeiten der Bundeswehr (z.B. Einrichtung von Checkpoints,
163 Umgang mit Sprengstoffdrohungen) an Polizei weitergeben
164 - Regelmäßige Übungen von Großschadenslagen zusammen mit Bundeswehr,
165 Innenbehörden und Polizei
166

167 **6. Schluss**

168 Niedersachsen ist unser Land. Osnabrück-Emsland ist unsere Region. Wir sind in
169 unseren Städten und Dörfern zu Hause. Um weiterhin sicher leben zu können und
170 auch weiterhin ein hohes Sicherheitsgefühl zu haben, fordern wir die Politik auf die
171 oben genannten Forderungen umzusetzen.

172 Sicherheit braucht Freiheit. Freiheit braucht Sicherheit. „Sturmfest und
173 erdverwachsen“.